

**Stellungnahme des DMB's Rheinland Pfalz zum Thema Abschaffung der Ausbaubeiträge**

Der DMB Rheinland Pfalz nimmt grundsätzlicher Übereinstimmung mit unserer Bundesorganisation eine ablehnende Haltung gegenüber der Abschaffung der Ausbaubeiträge ein.

Zunächst ist festzuhalten, dass die Ausbaubeiträge grundsätzlich den Eigentümer des jeweiligen Grundstücks treffen.

Eine Abschaffung der Ausbaubeiträge führt natürlich zu einer grundlegenden Umfinanzierung der anfallenden Kosten.

Diese Umfinanzierung soll über das Land erfolgen und zum anderen aus kommunalen Steuermitteln bestritten werden.

Diese kommunalen Steuermittel sind indes nur durch eine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes zu bewerkstelligen, der dann – zumindest nach der derzeit geltenden Rechtslage – wiederum jeden Bürger, insbesondere die Mieter treffen wird, da die Grundsteuer derzeit umlagefähig ist.

Dies würde bedeuten, ganz abgesehen davon, dass es sich bei der Grundsteuer ohnehin um eine ausschließlich grundstücksbezogene Steuerart handelt, weshalb der deutsche Mieterbund dessen Streichung aus der Betriebskostenverordnung verlangt, dadurch eine Anhebung des Hebesatzes und damit finanzierten Abschaffung der Ausbaubeiträge letztlich der Personenkreis belastet, der keinerlei Eigentumsrechte an den jeweiligen Objekten hat.

Dies ist schlicht und ergreifend gesetzwidrig.

Eine ergänzende Stellungnahme bleibt im Rahmen der Anhörung vorbehalten.

Franz Obst  
Landesvorsitzender

**DMB**

Land Rheinland-Pfalz  
DEUTSCHER MIETERBUND